

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/78

26. April 1976

Die Alleinschuld der Union

Darf der Bundestagswahlkampf in Emotionen ausufern?

Seite 1 / 38 Zeilen

Tatsächlich: Klarheit und Konsequenz

Zur Koalitionsentscheidung der niedersächsischen FDP

Seite 2 / 42 Zeilen

"Kaninchen" in der Höhle des Löwen

Amerikas Automobilbauer bekommen Konkurrenz im eigenen Land

Seite 3 / 42 Zeilen

Wie geht es weiter in Lissabon?

Impressionen vor und nach den Wahlen in Portugal

Von Horst Heese MdB

Mitglied des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestages

Seite 4 und 5 / 61 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Hauesallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 86 37 - 38
Telex: 08 86 845 - 46 ppba d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376811

Die Alleinschuld der Union

Darf der Bundestagswahlkampf in Emotionen ausufern?

Den letzten Leichtgläubigen sind die vagen Hoffnungen in den Händen zerschlagen worden: Dieser Bundestagswahlkampf um die Macht in Bonn wird nach dem Willen und damit aus alleiniger Verantwortung der Unions-Parteien heraus sehr bald zu einer Auseinandersetzung werden, die an Erbitterung ihresgleichen suchen und also auch in die Gefahr des Ausufern geraten kann.

Die ursächliche Schuld an jedweden Schaden, den die Demokratie in der Bundesrepublik nehmen sollte, tragen allein die christlich-konservativen Parteien, die sich entschlossen haben, den Bundestagswahlkampf nicht mit sachlichen Argumenten und Alternativen zu führen, weil es ihnen daran zur Gänze mangelt, wie das ja auch der Junge Unions-Vorsitzende Matthias Wiesmann bestätigen mußte, sondern nur mit der hemmungslosen Aufputschung der blinden Emotionen, die schon seit der berüchtigten Sonthofener Rede des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß nicht nur die CSU, sondern tatsächlich auch die CDU beherrscht haben. Die offizielle CDU-Mitteilung, daß dieses "Konzept" zwischen den beiden Generalsekretären Prof. Dr. Kurt Biedenkopf und Gerald Tandler "voll abgestimmt" worden sei, ist die letztnotwendige Bestätigung für den totalen Durchbruch des Straßenwahlkampfes der Strauß, Carstens, Dregger und Filbinger in der gesamten Union. Die Beschlüsse sind unter dem Vorsitz des CDU-Vorsitzenden Dr. Helmut Kohl gefaßt worden. Seine Verantwortung steht neben der von Strauß, dem er sich zur Gänze "attachiert" hat.

Die SPD wird sich auf diese Faktensituation einzustellen haben. Dabei werden die Erfahrungen aus dem Landtagswahlkampf in Baden-Württemberg sehr nützlich und hilfreich sein, wo der Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger den Strauß-Krieg bereits in einem Vormarsch durchexerziert hatte. Trotz der belanglosen Verschleifung des neuen Unions-Mottos in "freiheitliche Alternative" bleibt es bei der Unterstellung "Freiheit oder Sozialismus". Die SPD wird die Konservativen, die den Reformfortschritt stoppen und das Rad der Entwicklung zurückdrehen möchten, an einer Wand von stahlharten Argumenten auflaufen lassen, aus denen die Leistungen der SPD als Regierungspartei zur Sicherung der wirtschaftlich-sozialen Situation des gesamten Volkes und der persönlichen Freiheit des Bundesbürgers voll beweisbar abzulesen sind. Das Gewicht dieser Argumente im Ganzen und im einzelnen wird schwerer und stärker sein als die Hetzagitation der Unions-Parteien, denn die SPD appelliert an den mündigen und verantwortungsbewußten Staatsbürger, während die CDU/CSU mit Emotionenaufputschungen im Trüben flachen muß.

(e/26.4.1976/bgy/e/pr)

+ + +

Tatsächlich: Klarheit und Konsequenz

Zur Koalitionsentscheidung der niedersächsischen FDP

Der FDP-Vorsitzende, Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, hat mit drei Wörtern treffend einen Vorgang charakterisiert, der als hartes Faktum mehr über Konstitution und Aussichten des sozial-liberalen Regierungsbündnisses aussagt, als alle Hypothesen und Analysen zusammengenommen. Genscher bewertete die eindeutige Absage der niedersächsischen Freien Demokraten an eine Koalition mit der CDU-Regierung des Ministerpräsidenten Dr. Ernst Albrecht mit den Begriffen "Klarheit, Konsequenz, Entscheidungskraft". Das kennzeichnet in der Tat die Situation.

Die sozial-liberale Allianz kann in dem mittlerweile nicht mehr zu übersehenden und nicht mehr zu bestreitenden Wiederaufschwung anschaulich ihre Leistungen unter Beweis stellen und belegen, daß sie mit der schwersten Wirtschaftskrise, die die Welt seit 1945 heimsuchte, wirklich besser fertig geworden ist als alle anderen Regierungen. Und es ist jedem Einsichtigen verständlich zu machen, daß es weiterhin dieser sozial-liberalen politischen Qualität bedarf, um das Erreichte, um die Stabilität nach außen wie im Innern zu sichern, auszubauen und ihre Chancen für Wohlergehen und Freiheit des einzelnen zu nutzen.

Das Festhalten an diesem Kurs ist somit tatsächlich nur klar und konsequent. Falls zu dieser Entscheidung "Kraft" vorzöden gewesen sein sollte, so ist sie jedenfalls in überzeugendem Maße aufgebracht worden. Aber auch einer anderen Feststellung des FDP-Vorsitzenden bezüglich der Liberalen ist unbedingt beizupflichten: "Unsicherheit und Verwirrung in unseren Reihen hätten bundesweit Unsicherheit und Verwirrung bei unseren Wählern auslösen können". Das törichte Wort der Union von der "Blockpartei" und ähnliche Polemiken kann die FDP hingegen mit Gelassenheit an sich abperlen lassen. Damit wird die Opposition kaum Eindruck machen.

Ebensowenig mit der Wirklichkeit zu tun hat das Gerede vom angeblich erschöpften Vorrat an politischen Gemeinsamkeiten an zwischen SPD und FDP zu realisierenden Projekten. Eine solche Aussage, sollte sie irgendwo auf Überzeugung beruhen, offenbarte eine seltsame Sicht vom politischen Geschäft, wirklichkeitsfremd statisch und leblos, und sie bezeugte vor allem völliges Unverständnis von den politischen Kräften, die bewiesen haben, daß sie diesem Staate unter schwierigsten Bedingungen wirtschaftliche Leistungskraft, soziale Sicherheit und innere Liberalität garantieren können, während bei anderen dies zumindest fraglich erscheint.

Claus Preller
(-/26.4.1976/ve/e/pr)

+ + +

"Kaninchen" in der Höhle des Löwen

Amerikas Automobilbauer bekommen Konkurrenz im eigenen Land

Der Volkswagenkonzern traf seine Entscheidung, in den USA produzieren zu lassen, zu einem Zeitpunkt, da seine Autos auf dem Inlandsmarkt die Konkurrenz wieder weit hinter sich zu lassen beginnen. Das bestätigt im Grunde nur jene Mutmassungen, die das Ausbleiben dieser Entscheidung in den vergangenen Monaten auf konjunktur- und arbeitsmarktpolitische Gründe zurückgeführt haben. Das heißt: Die Grundsatzentscheidung ist in Wolfsburg offenbar schon vor geraumer Zeit gefallen. Und das beweist auch, daß Vorstandsbeschlüsse jenes Unternehmens, an dem der Staat noch mit rund 40 vH beteiligt ist, nicht grundsätzlich gegen die Einsicht in politische Notwendigkeiten dieser Anteilseigner durchgesetzt werden können.

Der größte europäische Automobilkonzern schickt sich also nun an, die amerikanischen Automobilgiganten mit jenem Gefühl zu konfrontieren, mit dem europäische, aber vor allem deutsche Automobilfirmen, besonders Volkswagen, schon seit Jahrzehnten fertig werden müssen: Das "Kaninchen" ("Rabbit"), wie der "Golf" in den USA heißt, soll in der Höhle des Löwen jenen Boden gutmachen, den VW in den letzten Jahren durch den Kostenanstieg schlechthin verloren hätte.

Es kam also darauf an, die sich daraus ergebende Verlustquelle unter Kontrolle zu bringen. Der Weg, der gewählt wurde, ist sehr wohl gangbar: Unter Umgehung jener Kostenfaktoren, die sich aufgrund der Unwägbarkeiten monetärer Ungewißheit immer wieder ergeben können, versucht Wolfsburg, über eine Festigung der Position auf dem US-Markt die Konzernbildung zu sanieren, wovon per Saldo natürlich auch die inländischen Werke und damit die dort Beschäftigten profitieren. Es ist nicht ohne Bedeutung, daß grünes Licht für die Entscheidung erst gegeben wurde, als die Bereinigung der am Superboom orientierten Personalkostenstruktur abgeschlossen war. So gesehen ist die Aufnahme der Fertigung in den USA, deren Automarkt auf eine Aufnahmefähigkeit von immerhin einer Million Fahrzeuge im Jahr taxiert wird, sozial- und beschäftigungspolitisch nicht mehr zu beanstanden - die Forderungen der Gewerkschaften auf Arbeitsplatzabsicherung wurden akzeptiert -, aus Gründen der Konzernstrategie sehr wohl zu begrüßen. Andererseits sollte man bei den personalpolitischen Gewährleistungen der Konzernspitze und den absatzpolitischen Zielsetzungen der Entscheidung in diesem deutschen Kapitalexpert trotz seines beachtlichen Volumens nichts Außergewöhnliches sehen.

Per Saldo vollzieht ein deutsches Unternehmen nur nach, was Amerikaner seit Jahrzehnten vorexerzieren: Die Produktion dorthin zu verlagern, wo sich auch die Absatzmärkte befinden.

Theodor Tremmes
(-/26.4.1976/vs/e/pr)

+ + +

Wie geht es weiter in Lissabon ?

Impressionen vor und nach den Wahlen in Portugal

Von Horst Haase MdB

Mitglied des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestages

Bundestagsparlamentarier und Experten haben in einer Rundreise durch die portugiesischen Städte Lissabon und Porto sowie die Provinz Algarve und die Insel Madeira festzustellen versucht, ob politische und wirtschaftliche Schwierigkeiten vorhanden sind, die es deutschen Touristen ratsam erscheinen lassen könnten, Portugal derzeit nicht zu besuchen. Außerdem sollte geprüft werden, ob der Bundesregierung empfohlen werden soll, ein Tourismus-Abkommen mit Portugal abzuschließen. Ergebnis der Reise: Es gibt keine Minderungsgründe für deutsche Bürger, in dem landschaftlich so reizvollen Portugal Urlaub zu machen.

Wer Portugal vor den Wahlen, also in einer politisch besonders aufregenden Zeit besucht hat, wird mir zustimmen, daß die vielfach verbreiteten Nachrichten über Ausschreitungen bei Wahlveranstaltungen oder über die Alarmbereitschaft der Armee die tatsächliche Situation des Landes völlig entstellt wiedergegeben haben. Portugal machte, von unwesentlichen Ausnahmen abgesehen, einen so ruhigen und freundlichen Eindruck, wie er sich in anderen westlichen Ländern bei Wahlkämpfen, unser eigenes Land eingeschlossen, kaum vorstellen läßt.

Die wirtschaftliche Situation des Landes ist indessen problematisch. Ein Drittel der Exporteinnahmen stammen aus dem Tourismus. Der deutsche Tourismus ist jedoch, insbesondere aufgrund der politischen Ereignisse, im letzten Jahr um die Hälfte zurückgegangen. Auch die übrige Wirtschaft in Portugal muß erst wieder angekurbelt werden.

Der Service in den Hotels an der Algarve oder in Madeira ist jedoch ausgezeichnet. Die Hotels verfügen über hinreichenden, zum Teil überdurchschnittlichen Komfort. Der deutsche Tourismus nach Portugal wird daher schon aufgrund dieser Qualität wieder zunehmen. Dies ist zu begrüßen, weil Portugal mit den Deviseneinnahmen aus diesem Geschäft die Importe aus der Bundes-

republik bezahlen muß und deutsche Arbeitsplätze schließlich auch von unserem Export nach Portugal abhängen.

Wir konnten auch wieder vorsichtiges Interesse der deutschen Wirtschaft an weiteren Investitionen in Portugal feststellen. Dies ist zu begrüßen, weil es politisch und wirtschaftlich ratsam ist, die weitere Verflechtung Portugals mit Europa im Auge zu behalten. In diesem Zusammenhang ist der Bundesregierung auch der Abschluß eines Tourismus-Abkommens zu empfehlen. Dies kann dem deutschen Urlauber mehr Sicherheit in Portugal geben (Transport, Krankheit, Unfall, usw.). Andererseits wird es sicher auch die Reiseveranstalter zu einem stärkeren Portugalgeschäft veranlassen. Insoweit kann die Bundesregierung mit einem solchen Abkommen auch im Hinblick auf eine ausgeglichene Handels- und Zahlungsbilanz Hilfestellung leisten.

Die Sozialisten Portugals haben betont, daß sie allein regieren oder in die Opposition gehen wollten. Nach dem Wahlergebnis sieht es nicht so aus, als ob sie allein regieren könnten. Es wird für sie schwer sein, bei unpopulären, aber notwendigen wirtschafts- und lohnpolitischen Maßnahmen als Minderheitsregierung bestehen zu können. Es ist in der gegenwärtigen Situation Portugals besonders wichtig, daß die Sozialisten entscheidende Regierungsverantwortung tragen. Andererseits sollten sie sich nicht von den Kommunisten auf der einen und den rechten Parteien auf der anderen Seite zerreiben lassen. Sehr schnell könnte, wenn auch aus anderer Ausgangslage heraus, das italienische Beispiel aktuell werden.

Immerhin beherrschen die Kommunisten noch die größte Einzelgewerkschaft Portugals: die Metallarbeitergewerkschaft. Auf der anderen Seite stehen die ungelösten Probleme der der Rechteradikalität verdächtigen Angola-Flüchtlinge. Es wäre daher zu begrüßen, wenn sich nach der Wahl eines Staatspräsidenten im Juni, der sehr gut Mario Soares heißen könnte, eine möglichst stabile, auf breiter Mehrheit beruhende Regierung bilden ließe.

Europa und die Bundesregierung sollten im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten jedenfalls alle Anstrengungen unternehmen, um der neuen portugiesischen Regierung bei der Lösung ihrer so schwierigen wirtschaftlichen Probleme zu helfen. (-/26.4.1978/ve/e/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller